

Rehfeld, Dieter; Nordhause-Janz, Jürgen

Research Report

Neue Impulse in der regionalen Industriepolitik

Forschung Aktuell, No. 06/2016

Provided in Cooperation with:

Institute for Work and Technology (IAT), Westfälische Hochschule, University of Applied Sciences

Suggested Citation: Rehfeld, Dieter; Nordhause-Janz, Jürgen (2016) : Neue Impulse in der regionalen Industriepolitik, Forschung Aktuell, No. 06/2016, Institut Arbeit und Technik (IAT), Gelsenkirchen, <https://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0176-201606014>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/142014>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Von

Dieter Rehfeld
Jürgen Nordhause-Jan

Auf den Punkt

- Seit der Wirtschafts- und Finanzkrise 2007/8 ist Industrie wieder auf der politischen Agenda.
- Die programmatischen Initiativen werden nur sehr allmählich mit konkreten Instrumenten unterfüttert.
- Gewerkschaftliche Initiativen auf der regionalen Ebene zeigen, wie breit das industriepolitische Handlungsfeld angelegt ist, und können Beispiele auch für andere Regionen liefern.
- Das Spektrum regionaler industriepolitischer Initiativen reicht von den täglichen Auseinandersetzungen um konkrete Projekte über Strategien zur Standortentwicklung, innovationspolitische Strategien bis hin zur Zukunftsgestaltung (Energiewende, Industrie 4.0, Elektromobilität).
- Erfolgreiche Industriepolitik ist langfristig und in vernetzten Strukturen anzulegen.

Zentrale Einrichtung der
Westfälischen Hochschule
Gelsenkirchen Bocholt
Recklinghausen in
Kooperation mit der
Ruhr-Universität Bochum

Industriepolitik – Renaissance oder Strohfeuer ?

Es wird künftig nicht mehr um die Frage gehen, ob eine Industriepolitik sinnvoll ist, sondern nur noch um die Frage, wie eine erfolgreiche Industriepolitik aussieht, so jüngst Joseph Stieglitz. Stieglitz, Nobelpreisträger und einer der wichtigsten Berater der Weltbank, sieht ein Ende der neoliberalen Hegemonie und ihrer Markteuphorie und Staatskritik. Den Schlüssel für diesen Wandel bildete die Banken-, Finanz- und Wirtschaftskrise, die 2007/8 ihren Anfang nahm und deren Folgen heute noch in vielen Ländern zu erheblichen und bis heute anhaltenden wirtschaftlichen und sozialen Verwerfungen geführt hat.

Industriepolitik, in den vergangenen Jahren allenfalls Modernisierungsstrategie in aufstrebenden Ökonomien, ist nun (wieder) in den klassischen Industrienationen angekommen. Galt das wirtschafts- und strukturpolitische Interesse in den ersten Jahren nach der Jahrtausendwende vor allem Dienstleistungsbranchen wie der Finanzwirtschaft, der Gesundheitswirtschaft oder der Kreativwirtschaft und neuen Technologiebranchen wie der Bio- oder Nanotechnologie, so hat die Krisenbewältigung in den Jahren nach 2007/8 die Schlüsselstellung der Industrie gerade für das deutsche Wachstumsmodell wieder ins Bewusstsein gerückt.

Dies wurde auch international wahrgenommen. Die Europäische Union hat eine Leitinitiative "Industriepolitik im Zeitalter der Globalisierung" im Rahmen der Europa 2020-Strategie aufgelegt. In den USA hat Präsident Obama den Aufbau von „Manufacturing Hubs“ verkündet, die darauf abzielen, dass die nächste industrielle Revolution „Made in USA“ erfolgen wird. In Frankreich wurden ein Ministerium und eine nationale Versammlung zur Erneuerung der Industrie ins Leben gerufen. Und selbst in Großbritannien, dem Mutterland des Neoliberalismus, hat Regierungschef Cameron ausgeführt, dass Marktkräfte nicht ausreichen, um die industriellen Kapazitäten aufzubauen, die für ein langfristiges Wachstum notwendig sind.

Industrie und Industriepolitik sind nach der Krise wieder auf der politischen Agenda. Aber: ein wirklicher Strategiewandel ist bisher auf europäischer und nationaler Ebene bestenfalls in Ansätzen zu beobachten. Wer sich die Programme genauer anschaut, findet immer wieder den Hinweis auf Rahmenbedingungen, also auf Steuererleichterungen, Senkung der Lohnnebenkosten, Ausbau der Infrastruktur usw. Daneben wird Industriepolitik vor allem als Technologie- und Innovationspolitik verstanden. Fragen nach der Zukunft industrieller Arbeit, nach dem immer stärker wachsenden Zusammenspiel von industrieller Produktion, Dienstleistungen und informationstechnischer Vernetzung, nach der künftigen energetischen und stofflichen Basis industrieller Produktion oder nach dem Zusammenhang zwischen Produktion, Produkten und Lebensqualität werden nicht beantwortet bzw. werden in den meisten Fällen gar nicht erst gestellt.

Die Gefahr besteht, dass das momentane Interesse an Industriepolitik ein Strohfeuer bleibt, über kurz oder lang eine Rückkehr zu den gängigen Pfaden von Strukturpolitik und Wirtschaftsförderung erfolgt. Neue Impulse müssen offenbar von anderer Seite kommen. Wir gehen davon aus, dass die neue Aufmerksamkeit für Industriepolitik nur dann im Sinne einer arbeitsorientierten Industriepolitik umgesetzt werden kann, wenn Gewerkschaften sich vor Ort intensiv an Initiativen beteiligen und selber in den Regionen Impulse setzen und neue Wege aufzeigen.

Industriepolitik bezieht sich dabei zunächst auf alle Maßnahmen, die dazu beitragen, die industrielle Kompetenz der industriellen Produktion zu erhalten und langfristig zu sichern. Was dies konkret heißt, soll an dieser Stelle nicht theoretisch beantwortet werden, sondern durch einen Blick auf die industriepolitischen Initiativen, die vor Ort in den Jahren nach der Krise initiiert oder mitgestaltet wurden.

Wir gehen dabei Schritt für Schritt vor. Zunächst geben wir einen Überblick, wie sich die Ausgangslage für industriepolitische Initiativen in den vergangenen Jahren geändert hat, wie dies

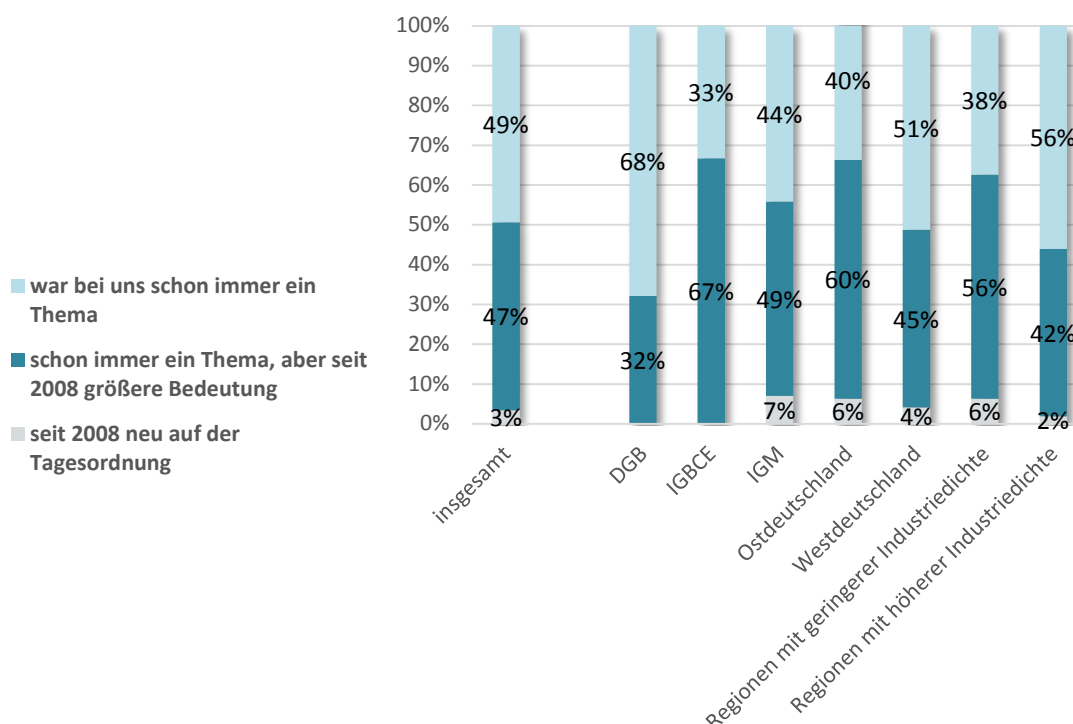
von den Gewerkschaften wahrgenommen wird und welche Themen im Mittelpunkt gewerkschaftlicher industriepolitischer Aktivitäten standen. Grundlage hierfür ist eine flächendeckende Befragung, die bei den regionalen Einheiten von IG Metall, IG Bergbau, Chemie, Energie und DGB Ende 2012/Anfang 2013 durchgeführt wurde. Daran anschließend werfen wir einen Blick auf die Themen und Ziele der industriepolitischen Initiativen der vergangenen Jahre und betrachten dann, in welchen Institutionen, mit welchen Instrumenten und in welchen Netzwerken bzw. mit welchen Partnern diese Initiativen umgesetzt wurden. Hierbei stützen wir uns zusätzlich auf 16 Fallstudien, die von uns Mitte 2013 bis Anfang 2014 durchgeführt wurden. Abschließend bilanzieren wir die Stärken und Schwächen der gewerkschaftlichen industriepolitischen Initiativen vor Ort und überlegen, wie die Konturen einer künftigen, arbeitsorientierten Industriepolitik aussehen könnten. Hierbei greifen wir auch auf rund 20 Gespräche, die mit industriepolitischen Verantwortlichen auf der Ebene der Bezirke bzw. Landesbezirke geführt wurden, und auf die Diskussionen im Rahmen eines im Herbst 2013 durchgeführten Workshops zu diesem Thema zurück.

Die folgenden Darstellungen basieren auf Ergebnissen des von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten Forschungsprojekts "Neue Impulse in der regionalen Industriepolitik - Jüngste Erfahrungen und Perspektiven aus arbeitspolitischer Sicht".

Regionale Industriepolitik – ein erster Überblick

Um die Rolle von Industriepolitik vor Ort besser einzuschätzen zu können und das thematische Spektrum zu konkretisieren, können wir auf eine 2012/13 durchgeführte Bestandsaufnahme in den Verwaltungsstellen der IG Metall, den DGB Regionen und IG BCE-Bezirken zurückgreifen.

Abbildung 1: Bedeutungsveränderung Industriepolitik seit 2008



Quelle: IAT Umfrage n=89

Die Frage, welche Rolle Industriepolitik für gewerkschaftliche Akteure in den Regionen seit der Finanzkrise spielt, lässt sich demnach relativ eindeutig beantworten (Abbildung 1). Nur für eine

verschwindend geringe Zahl der befragten Gewerkschaftsvertreter und -vertreterinnen (3,4%) sind industriepolitische Fragestellungen und Aktivitäten seit 2008 neu auf die Agenda gesetzt worden. Für die weit überwiegende Mehrzahl dagegen gehört Industriepolitik schon immer zum Alltagsgeschäft. Allerdings hat das Thema insbesondere für die Mitgliedergewerkschaften IG BCE (66,7%) und IG M (48%) nach 2008 eine neue und größere Bedeutung erlangt. Unterschiede zeigen sich auch im Zusammenhang mit regionalen Besonderheiten, Branchenspezifika oder mit regionalen Entwicklungen und besonderen Problemlagen. So zeigen sich deutlichere Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland sowie zwischen Regionen mit unterschiedlichen Industriedichten. Gerade in ostdeutschen Regionen und solchen mit nur unterdurchschnittlichem Industriebesatz ist die verstärkte industriepolitische Dynamik seit 2008 zu beobachten. Gleichwohl gehört auch hier industriepolitisches Engagement zum Alltagsgeschäft.

Die gestiegene Bedeutung von Industriepolitik in enger Verbindung mit 2008 zeigt sich auf der Bundes- und Landesebene nicht zuletzt in der Breite relevanter Themen. Auf der Bundesebene mit den industriepolitischen Projekten (Kurzarbeit, Weiterqualifizierung, Abwrackprämie als Krisenstrategie, Elektromobilität, Industrie 4.0 als Zukunftsstrategie). Auf der Landesebene dominierten ad-hoc-Arbeitsgruppen (in der Regel beim Wirtschaftsministerium angesiedelt) vor allem mit dem Ziel der Beschäftigungssicherung und der Sicherung der Finanzierung von KMU, die aufgrund des hohen Handlungsdrucks als effektiv eingeschätzt wurden. In strategischer Perspektive sind in verschiedenen Bundesländern industriepolitische Arbeitskreise mit unterschiedlichen thematischen Zuschnitten eingerichtet worden, wirklich konkrete Ergebnisse stehen aber bisher in der Regel aus.

Tabelle 1: Themenschwerpunkte industriepolitischer Aktivitäten vor Ort

	insgesamt	DGB	IGBCE	IGM	West- deutschland	Ost- deutschland
Fachkräftesicherung	86,4%	96,2%	88,9%	78,4%	85,3%	92,3%
Arbeitsplatzsicherung	85,2%	84,6%	83,3%	86,5%	88,2%	69,2%
Aus- und Weiterbildung	75,3%	73,1%	66,7%	81,1%	75,0%	76,9%
Gute Arbeit	69,1%	73,1%	94,4%	54,1%	66,2%	84,6%
Innovation, Technologietransfer	65,4%	84,6%	72,2%	48,6%	64,7%	69,2%
Ökologische Modernisierung	27,2%	34,6%	38,9%	16,2%	25,0%	38,5%
CSR, nachhaltige Produktion	25,9%	34,6%	44,4%	10,8%	23,5%	38,5%
Sonstiges	24,1%	24,0%	41,2%	16,2%	22,7%	30,8%

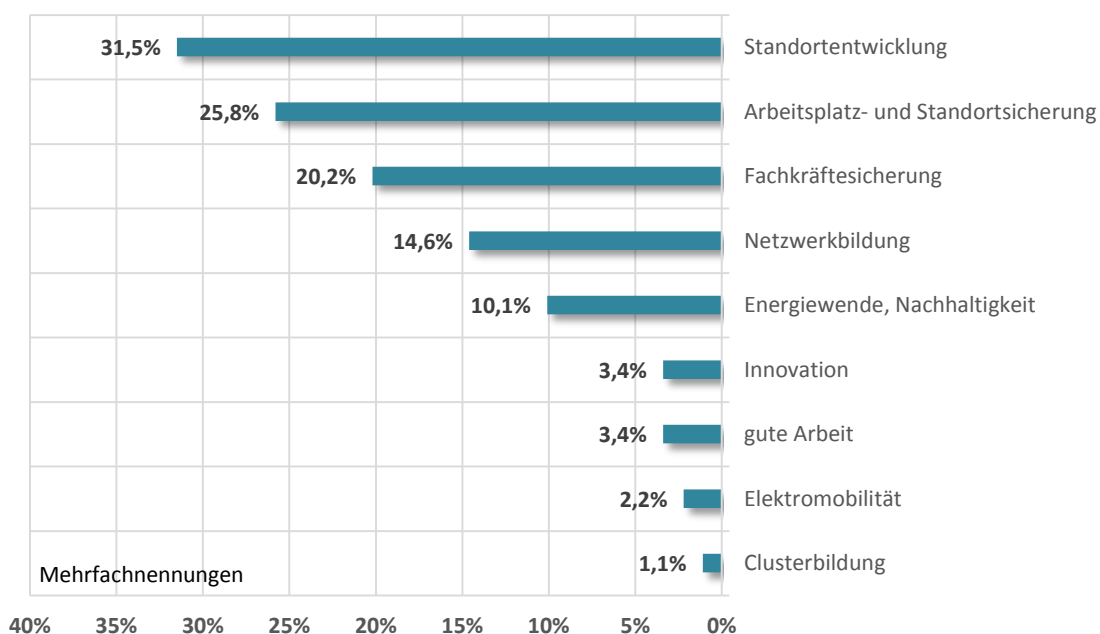
Quelle: IAT Umfrage n=89

Gefragt nach dem gesamten Themenspektrum, das in den letzten Jahren seit 2008 vor Ort eine Rolle gespielt hat, wird auch dort eine breite Palette an industriepolitischen Aktivitäten sichtbar (Tabelle 1). So erscheinen mit geringen Abständen Fachkräftesicherung, Beschäftigungs- und Arbeitsplatzsicherung, Aus- und Weiterbildung, Standards für gute Arbeit und Innovation, Technologie- und Wissenstransfer als die zentralen Themen. Andere Themen wie ökologische Modernisierung oder Konzepte zur Unternehmensverantwortung haben dagegen eine geringere Rolle gespielt. Gleichzeitig bestehen durchaus unterschiedliche Gewichtungen im Themenspektrum zwischen den Gewerkschaften. Auch in regionaler Perspektive zeigen sich Unterschiede. So vor allen Dingen beim Thema „Gute Arbeit“, das in den ostdeutschen Regionen, bedingt durch den größeren Handlungsdruck, der sich aus Themen wie Leiharbeit und Niedriglohn ergibt, eine größere Relevanz besitzt, während Aktivitäten im Kontext von Arbeitsplatz- und

Standortsicherungen in den alten Bundesländern häufiger genannt wurden. Letzteres ist sicherlich als Ausdruck der vergleichsweise höheren Verluste industrieller Arbeitsplätze in den alten Bundesländern seit 2008 anzusehen.

Geht man auf die Ebene des zentralen Projekts, das in den Regionen in den letzten Jahren nach der Finanzkrise eine besonders wichtige Rolle gespielt hat, so zeigt sich ein deutlich differenzierteres Bild der industriepolitischen Themenstellungen und Aktivitäten vor Ort (Abbildung 2). Demnach spielen standortbezogene Maßnahmen die größte Rolle. Dies betrifft sowohl aktive Initiativen zur weiteren Entwicklung und Ausbau der Regionen als Industriestandorte als auch zur Bestandserhaltung im Sinne der Arbeitsplatz- und Standortsicherung einzelner Betriebe und Branchen. Den drittichtigsten Bereich stellen Fragen der Fachkräftesicherung dar. Dabei dürften sowohl regional und sektoral sehr unterschiedliche Auswirkungen der demografischen Entwicklung eine Rolle spielen als auch Fachkräfteprobleme in Regionen mit hoher Arbeitskraftnachfrage, wie etwa in einigen Teilen der süddeutschen Bundesländer. Die Bildung und Teilhabe an regionalen einschlägigen Netzwerken sowie Fragen der Energiewende stellen weitere Themen und Motive für die Beteiligung und Initiierung industriepolitischer Aktivitäten in den Regionen dar. Technologie- und innovationsbezogene Themen sowie Aspekte guter Arbeit werden genannt, spielen aber eine deutlich geringere Rolle.

Abbildung 2: Themen der wichtigsten industriepolitischen Aktivität vor Ort



Quelle: IAT Umfrage n=89

Ein etwas differenzierteres Bild ergibt sich, wenn man unterschiedliche regionale wirtschaftsstrukturelle Voraussetzungen in die Betrachtung einbezieht. Fachkräftesicherung besitzt demnach in Regionen mit hoher Industriedichte einen deutlich höheren Stellenwert. Ursächlich hierfür dürften sicherlich die Konkurrenzsituationen von Betrieben auf örtlichen Fachkräftearbeitsmärkten sein. Aktivitäten zur regionalen Standortentwicklung wurden dagegen von gewerkschaftlichen Vertretern und Vertreterinnen in Regionen mit geringerer Industriedichte deutlich häufiger benannt. Gewerkschaftliche Interessen zur Entwicklung industrieller Standorte und einer Verbreiterung der Mitgliederbasis dürften hier Hand in Hand gehen und Anstoß für derartige Aktivitäten gegeben haben.

Worum geht es auf der regionalen Ebene – ein Blick in einzelne Regionen

Um ein tiefergehendes Bild von den regionalen industriepolitischen Aktivitäten zu bekommen, können wir auf die Ergebnisse von 16 Fallstudien zurückgreifen (Tabelle 2). Im Folgenden werden zunächst die relevanten Themen der regionalen Industriepolitik genauer betrachtet.

Tabelle 2: Übersicht der Fallstudien

Region	Themen/Projekte	Arbeitsmarkt- und Beschäftigtenentwicklung in den jeweils relevanten Landkreisen und Städten (2006-2011)
DGB Region Berlin	Industriestandort Berlin, Steuerungskreis Industriepolitik beim Senat	wachsend
DGB Region Dortmund-Hellweg	Dortmund Projekt, Masterplan Energie, Nachhaltigkeit von Netzwerken	überwiegend schrumpfend
DGB Region Frankfurt/Main	Initiative zur Renaissance der regionalen Strukturpolitik	überwiegend wachsend
DGB Region Trier	Industriegebiet Frau und Beruf, Kooperation in der Region	überwiegend wachsend
DGB Schleswig-Holstein Nordwest	Flurgespräche	überwiegend schrumpfend
IG BCE Bezirk Cottbus	Regionale Entwicklungsstrategie, überregionale Zusammenarbeit	überwiegend schrumpfend
IG BCE Bezirk Duisburg	Energiewende, Standortpolitik	überwiegend wachsend
IG BCE Bezirk Halle-Magdeburg	Branchendialog Solar	überwiegend schrumpfend
IG BCE Bezirk Hamburg-Harburg	Chem Coast, Modellprojekt Wind-Wasserstoff	überwiegend wachsend
IG BCE Bezirk Ulm	Betriebsrätenetzwerk Pharmaindustrie	überwiegend wachsend
IGM Vwst. Alfeld-Hameln-Hildesheim	Fachkräfte, Regio-Entwicklungskonzepte, Schaufensterprojekt Metropolregion	überwiegend schrumpfend
IGM Vwst. Bremerhaven	Standortsicherung, Cluster Windenergie, Einbindung in „Industriepolitik Nord“	überwiegend schrumpfend
IGM Vwst. Erlangen	Metropolregion, Lehrstuhl/Studiengang „Projektmanagement im Anlagenbau“	überwiegend wachsend
IGM Vwst. Esslingen	Regionale Zusammenarbeit, Maschinenbauinitiative, Brennstoffzelle, Qualifizierung	überwiegend wachsend
IGM Vwst. Schweinfurt	Modellstadt Elektromobilität	überwiegend wachsend
IGM Vwst. Wolfsburg	Wolfsburg AG, Allianz für die Region	überwiegend wachsend

Standortentwicklung: Standortentwicklung als umfassende industriepolitische Strategie. Kommt die Sprache auf umfassende industriepolitische Strategien, so wird momentan der Masterplan „Industriestadt Berlin 2010 – 2020“ und das damit verbundene industriepolitische Netzwerk genannt. Vorrangige Aktionsfelder sind Rahmenbedingungen, Fachkräfte, Innovation und Standortkommunikation. Ein ähnlich umfassendes Projekt läuft momentan an der Küste („Struktureller Wandel und nachhaltige Modernisierung - Perspektiven der Industriepolitik in Norddeutschland“), in Frankfurt wird ein derartiges Projekt vorbereitet und in Hamburg sind die

dortigen Gewerkschaftsvertreter an der Fortschreibung des Masterplans Industrie beteiligt. Bei einem Großteil der genannten Aktivitäten haben die Gewerkschaften eine initiativ Rolle gespielt, in der Regel gemeinsam mit Vertretern der Kammern und Akteuren der Wirtschaftsförderung (Kommune oder Senat).

Ein Beispiel aus den Fallstudien zeigt sich in Cottbus mit der Wirtschaftsinitiative Lausitz und dem „Zukunftspakt Lausitz“. Mit diesem von den regionalen Arbeitgeberverbänden, regionalen Großbetrieben und der IG BCE in der Region initiierten Projekt wurde bereits im Jahr 2001 begonnen. Grundlage der Initiative bildete ein gemeinsam erarbeitetes Papier, in dem die wirtschaftsstrukturellen Bedingungen analysiert und gemeinsame industrie- und regionalpolitische Zielvorstellungen formuliert wurden. Zwei Ziele standen dabei im Vordergrund der Initiative. Zum einen war sie von Beginn an darauf angelegt, zusätzliche Industriebetriebe und produktionsnahe Dienstleister in die Lausitz zu holen. Die Initiative hatte damit von Anfang an eine starke Ansiedlungsorientierung. Im Fokus standen dabei die regionalen Kernbranchen (Energie, Braunkohlebergbau, Chemie, Kunststoff und Metall).

Zum anderen war die Wirtschaftsinitiative durch die Orientierung auf die „Region Lausitz“ von Beginn an als ein regionale administrative Grenzen überschreitendes Projekt angelegt. Vor diesem Hintergrund war ein wichtiges weiteres Ziel, die Zusammenarbeit der Kommunen in der Lausitz und der Landesregierungen (Brandenburg, Sachsen) zu stärken. Regionales Kirchturmdenken bei betrieblichen Ansiedlungen sollte überwunden und durch eine sachorientierte Ansiedlungspolitik ersetzt werden. D.h. konkret, dass etwa die Ansiedlung energieintensiver Betriebe in der Nähe der Kraftwerke (z.B. Industriegebiet Schwarze Pumpe) erfolgen sollte, Kunststoffhersteller und -verarbeiter dagegen in der Nähe des BASF Standortes Schwarzheide, da dort die entsprechenden Grundstoffe produziert wurden. In der Konsequenz sollte damit auch die Verbundwirtschaft in der Region gestärkt werden.

Seit 2009 hat sich die Wirtschaftsinitiative Lausitz als Verein organisiert. Insgesamt zählt der Verein zurzeit mehr als 70 Mitglieder (Unternehmen, IG BCE, IHK, Handwerkskammern). Als Vereinsmitglied ist die IG BCE in die strategischen Entscheidungen der Wirtschaftsinitiative eingebunden und kann darüber hinaus Themen auf die Agenda setzen. So etwa im Rahmen der aktualisierten inhaltlichen Positionierung der Initiative, bei der neben dem weiteren Ausbau des Industriestandortes Lausitz auch verstärkt Fragen der betrieblichen Fachkräftesicherung im Fokus stehen. Aus Sicht der IG BCE Cottbus ist insgesamt gesehen die Wirtschaftsinitiative Lausitz mittlerweile gut und breit aufgestellt, nicht zuletzt auch deshalb, weil neben einschlägigen größeren Unternehmen viele kleine Betriebe als Mitgliedsunternehmen gewonnen werden konnten. Über den Verein ist zudem ein zusätzlicher Diskussionskanal zur Landespolitik geschaffen worden. Die IG BCE ist aufgrund ihrer Aktivitäten in der Region als industriepolitischer Akteur breit anerkannt und akzeptiert.

Als weitere industriepolitische Aktivitäten aus den Fallstudien sind auch solche zu nennen, die sich bei genauerem Hinsehen als zentraler Aspekt einer umfassenden regionalen Modernisierungsstrategie darstellen. So bildete etwa der Ausbau des Produktions- und Forschungsstandorts der Windenergie im Rahmen der maritimen Wirtschaft in Bremerhaven ein zentrales Handlungsfeld eines umfassenden Konzepts zur Neupositionierung Bremerhavens, das Tourismus, Umbau der Innenstadt Ende der 1990er Jahre, Hafenviertel und Modernisierung der Infrastruktur als weitere Schlüsselemente aufwies. Gemeinsam ist diesen Projekten, dass sie langfristig angelegt sind, die Wurzeln reichen teilweise bis zu zehn Jahre zurück.

In anderen Regionen haben die Gewerkschaften in Folge der Krise 2008 eigene industriepolitische Positionspapiere in die regionale Diskussion eingebracht (aus den Fallstudien seien Dortmund und Wolfsburg genannt), die Frage nach daraus resultierenden Konsequenzen steht hier noch aus.

Umgekehrt wurde etwa in Bremen der Masterplan Industrie Bremen vom Senat vorgelegt, ohne dass eine Beteiligung der Gewerkschaften vorgesehen war. In Hamburg öffnete sich erst bei der Fortschreibung des Masterplans mit der Fachkräfteproblematik ein Tor zur Beteiligung.

Standortsicherung: Im Gegensatz zur umfassenden Standortentwicklung verstehen wir hier unter Standortsicherung Aktivitäten, die darauf abzielen, die Rahmenbedingungen für die industrielle Entwicklung – oft vor dem Hintergrund aktueller oder antizipierter einzelbetrieblicher Probleme oder spezifischer Branchenprobleme – zu sichern. Das Spektrum der unter diesem Handlungsfeld stattfindenden Aktivitäten ist breit.

In fast allen Regionen finden sich Konflikte zwischen Standorterweiterung einzelner Betriebe, kommunaler Planung und Umweltregulierungen. Beispielhaft sollen hier die wichtigsten Themen der vergangenen Jahre aus der DGB Region Dortmund genannt werden.

- Flächennutzungskonflikte, die immer wieder auch einen Diskurs mit den Bürgerinitiativen erfordern,
- Luftreinhalteplan, in dem es darum ging, besondere Regeln für industrielle Kerngebiete zu erarbeiten,
- die Zementindustrie in Erwitte, für die spezifische Regelungen in der Regionalplanung gefunden werden mussten,
- sozialer Dialog zum Wasserentnahmegeld (vor allem mit IG Bauen-Agrar-Umwelt), in dem mit den Umweltverbänden eine Lösung gefunden wurde, die dann aber vom Umweltministerium („Wir brauchen das Geld“) abgelehnt wurde.

Allerdings geht der Aspekt der Standortsicherung immer wieder über einzelbetriebliche Aspekte hinaus. So wurde in Frankfurt nach jahrelanger Diskussion die Sicherung des Osthafens als Industriefläche bis 2050 festgeschrieben, wobei IG Metall und DGB zusammen mit ihren Netzwerkpartnern Treiber waren. Wichtig war hierbei auch, dass in Frankfurt ein handlungsfähiger industriepolitischer Rahmen vorhanden ist: Zentrales Forum ist die bereits Mitte der 1990er Jahre eingerichtete und beim Oberbürgermeister angesiedelte Ständige Wirtschafts- und Arbeitsmarktkonferenz (SWAK), die immer wieder industriepolitische Themen aufgegriffen hat. Zu nennen sind die gemeinsame industriepolitische Erklärung von 2011 und der Fahrplan auf dem Weg zum „Masterplan Industrie“.

Ein anderes Beispiel sind die Aktivitäten der IG Metall in Südostniedersachsen. Die IG Metall ist hier mit 8 % an der Allianz für die Region beteiligt. Themen sind Wohnen und Leben (einschließlich ÖPNV), Gesundheit, faire/gute Arbeit, Mobilität und künftig auch Bildung. Letztlich wird das Umfeld für die weitere Entwicklung des dominierenden Unternehmens (VW) organisiert, Druck auf die Kommunen ausgeübt, zusammenzuarbeiten.

Ein drittes Beispiel sind Aktivitäten zur Akzeptanz der Industrie. So hat der IG BCE Bezirk Recklinghausen eine Kampagne „Unsere Industrie braucht sichere Energie“ durchgeführt. Der IG BCE Landesbezirk Nordrhein ist aktiv an der 2010 gegründeten „Zukunft durch Industrie e.V. Regionale Allianz für Industrie & Nachhaltigkeit“ beteiligt, die in lokalen Düsseldorfer Gesprächsrunden wurzelt. Parallel dazu findet im Landesbezirk ein industriepolitischer Dialog (Betriebsräte, Wissenschaft, Politik, Personalverantwortliche aus den Unternehmen) statt, der dem Austausch zwischen den genannten Akteuren gilt. Im Rahmen der Regionalen Allianz für Industrie und Nachhaltigkeit findet in einzelnen Regionen NRWs etwa auch die seit einigen Jahren in verschiedenen Regionen Deutschlands organisierte „Lange Nacht der Industrie“ statt.

Die Aktivitäten im Rahmen der Standortsicherung finden in der Regel in Netzwerken mit Kammern, Politik und Arbeitgebern statt. Im Fall von Konflikten mit Bürgerinitiativen oder Umweltverbänden versuchen Gewerkschaftsvertreter immer wieder, eine moderierende Rolle einzunehmen. Adressat

der aktiven Themensetzungen sind in der Regel die lokale und regionale Öffentlichkeit und die Politik, hier vor allem auch die Landespolitik. Aufgrund der spezifischen Konsequenzen der Energiewende und des schwierigen öffentlichen Images findet sich hier häufig die IG BCE als treibende Kraft, wobei in den Allianzen oder Netzwerken dann durchaus auch andere Gewerkschaften beteiligt sein können. Die Motive dabei können, den regionalen Problemlagen entsprechend, durchaus unterschiedlich sein. So standen in Duisburg die mit der Energiewende zusammenhängenden Probleme im Vordergrund der Aktivitäten, während in Halle/Magdeburg die Bemühungen der Weiterentwicklung, Sicherung und Neuausrichtung des Solarstandortes dienten.

Energiewende: Bereits bei der Diskussion der Aktivitäten zur Standortsicherung wird deutlich, dass die einzelnen Themen nicht trennscharf abzugrenzen sind: die jüngsten Initiativen zur Sicherung der industriellen Energieversorgung sind nicht ohne den Hintergrund der Energiewende zu verstehen (auch wenn für die Chemieindustrie die Energiekosten schon seit Jahren ein zentrales Thema in der politischen Diskussion sind). Auf einer allgemeinen Ebene ist die Energiewende bzw. eine nachhaltige Industrie eines der Schlüsselthemen der Gewerkschaften in den vergangenen Jahren, wobei sich hinter den bundesweiten Positionspapieren durchaus regionale Schwerpunkte herauskristallisieren.

Neben den bereits genannten, eher auf Öffentlichkeit und Politik zielenden Aktivitäten zur Sicherung der Energieversorgung sind in den vergangenen Jahren vor allem Aktivitäten zum Aufbau neuer regionaler Branchenschwerpunkte oder Cluster zu nennen, wobei die Ansiedlung von Betrieben, der Aufbau der Forschungsinfrastruktur und spezifische Fortbildungen für Betriebsräte und Beschäftigte eine zentrale Rolle spielen. Aus den Fallstudien sind zu nennen:

Der Aufbau der Windenergie in Bremerhaven bzw. an der Küste, der in Bremerhaven in enger Abstimmung mit der IG Metall stattfand, und wo aufgrund der Struktur der angesiedelten (mitbestimmungsaffinen oder –erfahrenen) Betriebe eine gewerkschaftliche Vertretung konsequent aufgebaut werden konnte. Dieser Aufbau ist durch den verzögerten Ausbau der Infrastruktur in jüngster Zeit ins Stocken geraten und die gewerkschaftlichen Aktivitäten richten sich nun vor allem auf arbeitspolitische Instrumente, die Übergangsphase ohne Kompetenzverlust zu gestalten.

Der Aufbau der Solarenergie in den neuen Bundesländern, hier am Beispiel Halle/Magdeburg untersucht, wurde immer wieder auch von Diskussionen um Arbeitsbedingungen und Innovationsstrategien der Unternehmen begleitet, wobei der gewerkschaftliche Zugang zu den Betrieben sich nicht immer einfach gestaltete. Erst mit der Krise gelang es, den von den Gewerkschaften schon frühzeitig geforderten Branchendialog zu organisieren, der 2014 in die zweite Runde ging. Ressourcenprobleme und unterschiedliche Lösungsstrategien (IG Metall bevorzugt europäische Lösungen, IG BCE eher eine nationale Lösung) erschweren allerdings die Position der Gewerkschaften in diesen Gesprächsrunden.

Die Aktivitäten im Rahmen der bundesweiten Initiative zur Elektromobilität bilden einen dritten sektoralen Schwerpunkt. Insbesondere für die IG Metall stellt sich die Diskussion um Elektromobilität als das momentane Schlüsselthema für die Automobilindustrie in Deutschland dar. An den vier Schaufensterprojekten sind die Gewerkschaften aktiv beteiligt (initiativ bzw. die Bewerbung organisierend, in den diversen Lenkungsgremien und Arbeitsgruppen, mit eigenen Projekten vor allem im Qualifizierungsbereich). Daneben gibt es auch weitere regionale Aktivitäten wie die Maschinenbauagentur in Esslingen (siehe unten) mit dem Schwerpunkt Brennstoffzelle oder das Betriebsrätenetzwerk Elektromobilität, initiiert von der Verwaltungsstelle Alfeld-Hamel-Hildesheim und weitergeführt vom Landesbezirk.

Bezogen auf die Energiewende kann die dezentrale gewerkschaftliche Struktur als großer Vorteil gesehen werden, da hiermit nicht nur die unterschiedlichen regionalen Problemlagen berücksichtigt sondern auch die regionalspezifischen Potenziale angesprochen werden können. Letzteres gelingt

dort, wo eine auf die Zukunft orientierte Perspektive dominiert. In Regionen mit (noch) laufenden Atomkraftwerken oder auch großen Energieversorgern bzw. Stadtwerken ist eine solche einheitliche Perspektive durchaus schwierig. Umgekehrt zeigen die Gespräche in den süddeutschen Bundesländern eine deutliche Skepsis gegenüber zentralen Strukturen wie Offshore-Windparks und verweisen auf Modellprojekte zur kommunalen Autonomie bei der Energieversorgung oder auf genossenschaftliche Lösungen.

Gute Arbeit: Gute Arbeit wird zwar in fast allen Regionen als ein wichtiges Thema genannt, bildet aber nur in Ausnahmefällen das zentrale Thema der gewerkschaftlichen industriepolitischen Aktivitäten in den Regionen. Es gibt in verschiedenen Regionen Informationsveranstaltungen oder Kampagnen, auf lokaler oder regionaler Ebene wirksam werdende Maßnahmen (etwa als neue Standards in kommunalen Beschaffungsaktivitäten) haben wir in unseren Fallstudien aber nicht gefunden. Dies liegt auch daran, dass Adressaten von guter Arbeit eher die Landes-, Bundes- und EU Ebene und deren Förderprogramme sind. (Einzubeziehen in diesen Kontext ist auch die 2004 in NRW angelaufene Kampagne „Besser statt billiger“ und deren Nachfolgekampagnen, die allerdings vor allem auf die Kompetenzerweiterung der Betriebsräte abzielten).

Auf regionaler Ebene finden sich in jüngster Zeit Initiativen zur Zukunft der Arbeit in Zusammenhang mit der Diskussion um Industrie 4.0. In Ostwestfalen Lippe (OWL) hat die Verwaltungsstelle Minden gemeinsam mit dem Bezirk NRW und der Technologieberatungsstelle dieses Thema aufgegriffen, nachdem hier die Unternehmen durch ein Innovationsnetzwerk „it’s OWL“ im Rahmen der Spitzenclusterförderung des Bundes ohne gewerkschaftliche Beteiligung initiativ geworden sind. Mittlerweile haben auch die ersten Aktivitäten der Gewerkschaften in OWL eine starke Resonanz gefunden. Deutlich wird an diesem Beispiel aber auch, wie schwierig es ist, auf einen fahrenden Zug auszuspringen, wenn andere Akteure bereits in voller Fahrt sind.

Fachkräftesicherung/demografischer Wandel: Das Thema Fachkräfteknappheit wird in einer Vielzahl von Regionen thematisiert, aber selten von den Gewerkschaften getrieben. Dies liegt nicht nur daran, dass innerhalb der Gewerkschaften keine einheitliche Position zu diesem Thema vorhanden ist, da sich die Ausgangslage regional und sektoral sehr unterschiedlich darstellt. Grundsätzlich lässt sich festhalten, dass gewerkschaftliche Aktivitäten bzw. Beiträge wesentlich stärker auf die hausgemachten Probleme der Unternehmen (unzureichende Ausbildung, ungenutztes Potenzial, niedrige Löhne und unsichere Arbeitsverhältnisse, wenig attraktive Arbeitsplätze) hinweisen. Aus den Fallstudien sollen folgende Beispiele genannt werden:

In Dortmund wurde gemeinsam mit Kirchen, Kammern, Verbänden, Job Centern u.a. eine Initiative gegründet, über Aufbauqualifizierung in den Unternehmen den Übergang aus der Arbeitslosigkeit in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu ermöglichen. Die damit verbundenen Herausforderungen stehen durchaus nicht immer in Einklang mit den tarif- und bildungspolitischen Vorstellungen der Gewerkschaften.

In Trier besteht ein breiter Konsens bezüglich der Problematik von Niedriglöhnen. Die Handwerkskammer etwa hat einen Aufruf herausgegeben, in dem sie die Betriebe auffordert, Tarifbindung einzugehen und Gewerkschaften zuzulassen. Frankreich und Luxemburg drängen darauf, Mindestlöhne einzuführen, da viele Pendler wegen der höheren Löhne in den Nachbarländern über die Grenze gehen (30.000 aus Trier, 80.000 aus dem Saarland). Vor diesem Hintergrund sind auch die dortigen Aktivitäten zur guten Arbeit zu sehen. Diese zielten vor allem auf Öffentlichkeit (nicht unbedingt auf bereits organisierte Beschäftigte). Die Resonanz auf diese Aktivitäten war außerordentlich positiv und fand auch die Unterstützung einzelner Unternehmen.

Die IG BCE in Cottbus hat an der Erarbeitung eines neuen Positionspapiers mitgewirkt und dort Themen gesetzt (Fachkräfte, mit tatkräftiger Unterstützung durch BASF, die das schon früh zum Thema gemacht haben). Fachkräfteprobleme sind momentan zwar noch nicht so aktuell, aber

gerechnet auf die nächsten zehn Jahre wird vor allen Dingen im Chemiebereich eine Überalterung der Belegschaften zu beobachten sein. Vor diesem Hintergrund haben BASF und Vattenfall relativ früh mit verstärkter Ausbildung begonnen und Absolventen werden in der Regel auch übernommen. Zurzeit wird in den Unternehmen der Generationswechsel vorbereitet. Großunternehmen berichten dabei in der Wirtschaftsinitiative Lausitz über ihre Strategien und Maßnahmen. KMU können davon lernen.

Nicht immer ist bei derartigen Initiativen die gewerkschaftliche Beteiligung bzw. die Nachhaltigkeit gesichert.

Das Bremer Bündnis für Arbeit zielt auf Beschäftigungspool, Erstausbildung, Qualifizierung in der Arbeit, besonders im Fokus sind die Jüngeren ohne Ausbildung, geplant sind überbetriebliche Ausbildung, Verbundausbildung, Kammern ziehen mit, AGV zögerlich.

In Alfeld-Hameln-Hildesheim verliert der regionale Ausbildungsverbund mittlerweile an Bedeutung, da ein großer Teil der Unternehmen ferngesteuert ist. Das Dienstleistungszentrum Rinteln/Goslar, getragen von Arbeit und Leben und dem DGB, versteht sich als soziales Unternehmen, das Arbeitnehmerüberlassung zu tarifvertraglichen Bedingungen organisiert und den Übergang aus der Arbeitslosigkeit in feste Arbeitsverhältnisse zum Ziel hat.

Regionale Innovationspolitik/Cluster/Brancheninitiativen: Die 1980er Jahre bilden den Ursprung der dezentralen, auf neue Produkte und Lebensqualität ausgerichteten dezentralen Innovationspolitik der Gewerkschaften, immer wieder auch mit dem Ziel, den Kommunen ein Gegenmodell gegen die neoliberale Wirtschafts- und Technologiepolitik aufzuzeigen. In den 1990er Jahren wurden immer wieder regionale Netzwerk- oder Clusterprojekte von den Gewerkschaften initiiert. Das ist heute selten der Fall, die in der Umfrage genannten wichtigsten Aktivitäten zielen nur in sehr wenigen Fällen auf regionale Innovationsstrategien ab. Es gibt aber immer wieder Aktivitäten, durch die einzelne Elemente des regionalen Innovationssystems und/oder Vernetzung der Unternehmen angeschoben und durchgesetzt wurden. Zwei Beispiele sollen hier genannt werden:

Ein Beispiel ist die Einrichtung eines Lehrstuhls und eines Masterstudienganges an der Fakultät für Maschinenbau an der Universität Erlangen. Erlangen ist ein Schlüsselstandort von Siemens in Deutschland, dessen Schwerpunkt auf der Medizintechnik liegt. In unmittelbarer Nachbarschaft von Siemens haben sich auch weitere einschlägige Unternehmen angesiedelt. Der Auslöser für die Kampagne der Gewerkschafter vor Ort war die Diskussion um den Plan von Siemens, die Sparte „Mobilität“ von Erlangen nach Berlin zu verlegen. Angesichts dieser Aussichten diskutierten die Betriebsratsmitglieder, welche Kernkompetenzen den Standort ausmachten und wie diese noch auszubauen/zu stärken seien. Die Diskussionen kamen zu dem Ergebnis, dass die funktionalen wirtschaftlichen Kernkompetenzen im internationalen Management von Großprojekten liegen, doch verglichen mit ähnlichen Regionen solche Projekte in den Unternehmen in Erlangen überdurchschnittlich häufig scheitern. Folglich wurde eine Initiative zum Aufbau eines Lehrstuhls für internationales Projektmanagement an der Universität Erlangen ins Leben gerufen. Der nächste Schritt war die Organisation eines runden Tisches, der die IG Metall, Vertreter von Siemens und weiteren regionalen Unternehmen, die örtliche Industrie- und Handelskammer, die Universität und weitere Einrichtungen umfasste. Dem runden Tisch saß der Oberbürgermeister von Erlangen vor. Nach mehreren Sitzungen konnte das Ergebnis präsentiert werden, dass Siemens und weitere regionale Maschinenbauunternehmen sich dazu verpflichten den Lehrstuhl für internationales Projektmanagement für zehn Jahre zu finanzieren, danach geht die Finanzierung auf die Universität über.

Als zweites Beispiel dient die Gründung einer Maschinenbauagentur, die auf Initiative der IG Metall Ortsgruppe Esslingen zurückgeht. Die Stadt Esslingen liegt im industriellen Großraum Stuttgart. Die

industrielle Struktur dominieren kleine und mittlere Unternehmen der Maschinenbaubranche. Hinsichtlich der Finanzkrise 2007/8 setzte sich der 1. Bevollmächtigte der IG Metall dafür ein, die Unternehmen bei ihren Finanzierungsproblemen zu unterstützen und Mittel zu akquirieren, um Facharbeiter in Arbeit zu halten und den Weggang qualifizierter Arbeitnehmer zu verhindern. Nachdem die gravierendsten Folgen der Krise überstanden waren, initiierte der 1. Bevollmächtigte der IG Metall Esslingen mit den Unternehmen eine Debatte mit dem Ziel, kurzfristige Krisenstrategien zu überwinden und ein Umfeld für langfristige Entwicklungsstrategien zu schaffen. Die Idee bestand darin, ein Netzwerk aufzubauen, um die Kompetenzen der Unternehmen im Bereich Elektromobilität mit dem Schwerpunkt auf Brennstoffzellen zu stärken. Die Beteiligten einigten sich schlussendlich darauf, eine Agentur für den Maschinenbau, angesiedelt unter dem Dach der regionalen Innovationsagentur, zu finanzieren. Die IG Metall bekam das Recht zugesprochen, den Leiter dieser Agentur bestimmen zu dürfen.

Dieses Beispiel zeigt, dass regionale Netzwerke oder Cluster aus Sicht der Gewerkschaften durchaus ein Instrument zur Sicherung der zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklung in der Region sind. Allerdings wird nur in wenigen Fällen eine (mehr oder weniger) aktive Einbindung in das laufende Clustermanagement bzw. dessen Steuerungsgremien als wichtig angesehen (z.B. Cottbus Mitgliedschaft im Vorstand der Wirtschaftsinitiative Lausitz). In den meisten Gesprächen werden Clusterprojekte als Sache der Unternehmen gesehen, die zwar sinnvoll, aber nicht Ort gewerkschaftlicher Beteiligung sind.

Ein drittes Beispiel bildet die im Rahmen der Aktivitäten „Die Rhön steht auf“ erreichte Positionierung von Bad Neustadt als Modellstadt für Elektromobilität. Den Ursprung bildeten Pläne von Siemens für einen massiven Beschäftigungsabbau in Bad Neustadt, der zu weit in die Region hineinreichenden Konsequenzen geführt hätte. Die von der IG Metall vor Ort initiierte Kampagne fand sehr schnell breite gesellschaftliche Unterstützung und konnte nicht nur von Siemens, sondern auch von der bayrischen Landesregierung nicht ignoriert werden. Als Ergebnis konnte nicht nur der angekündigte Arbeitsplatzabbau verhindert werden, sondern mit Blick auf die industrielle Zukunft wurde eine finanzielle Unterstützung (im Rahmen des Zukunftsprogramms „Aufbruch Bayern“) erreicht, um Bad Neustadt als Modellstadt für Elektromobilität zu positionieren. Zentrale Bausteine der Modellstadt sind das 2012 an der Hochschule für angewandte Wissenschaften Würzburg-Schweinfurt gegründete Technologie-Transfer-Zentrum-Elektromobilität, ein lokaler Förderverein, der zum Ziel hat Entwicklung der Elektromobilität in Bad Neustadt voranzutreiben, und das Projektmanagement Elektromobilität, das laufende Forschungs- und Entwicklungsarbeiten unter Beteiligung regionaler Automobilzulieferer koordiniert.

Brancheninitiativen werden durchaus als wichtiges Instrument angesehen, sind in unseren Fällen aber nur begrenzt vorgefunden worden. In den Fallstudien finden sie sich überwiegend in Zusammenhang mit neuen Energiebranchen (Wind, Solar) und sind unter dem Thema Energiewende bereits thematisiert worden. In einem weiteren Fall (Norden von Rheinland-Pfalz) ist eine Brancheninitiative geplant, eine Maschinenbauinitiative in Hameln hat dagegen nicht die gewünschte Resonanz (auch nicht bei den Betriebsräten) gefunden. In Ulm hat die IG BCE im Rahmen eines Projektes die Vernetzung der Betriebsräte regionaler Pharmaunternehmen vorangetrieben. Grundsätzlich scheinen Brancheninitiativen aber eher auf der Landesebene als auf der regionalen Ebene angesiedelt.

Als Beispiel für eine regionale Brancheninitiative kann Solar Valley in Halle/Magdeburg dargestellt werden. Hintergrund des gewerkschaftlichen Engagements im Solar Valley bildete das Interesse der IG BCE in Halle/Magdeburg in den regionalen Betrieben der Solarbranche Mitbestimmungs- und Interessenvertretungsstrukturen aufzubauen. Erste Versuche wurden bereits bei der Firma Q-Cells im Jahr 2002 unternommen, die aber anfangs scheiterten, da weder auf Seiten des Managements

noch auf Seiten der Beschäftigten Interesse an einem betrieblichen Einstieg der IG BCE vorhanden war. Begleitet wurde diese Phase durch enorme Wachstumsprozesse der regionalen Branche. In der Summe waren im IG BCE Bezirk Halle/Magdeburg zu Hochzeiten rund 4.500 Beschäftigte in der Solarindustrie (inkl. Zulieferer) beschäftigt. Bedingt durch die Wachstumsprozesse wurde die Branche zur siebtwichtigsten Branche in Sachsen-Anhalt und hat damit auch das Interesse der Landespolitik geweckt. Erst die Branchenkrise ab 2008 hat es der Gewerkschaft ermöglicht, Zugänge und Mitbestimmungsstrukturen in den Betrieben aufzubauen.

Tabelle 3: Themen der regionalen Industriepolitik und die Rolle der Gewerkschaften

	Gewerkschaft als der zentrale Treiber, Umsetzung mit Netzwerkpartnern	Gewerkschaft als einer der Treiber, Umsetzung mit Netzwerkpartnern	Aktivitäten einer oder mehrerer Gewerkschaften mit dem Ziel, regionale Aktivitäten anzustoßen	Aktivitäten, zur Entwicklung der Gewerkschaftlichen Kompetenz, auch überregional
Umfassende Industriepolitische Strategien	Struktureller Wandel und nachhaltige Modernisierung-Perspektiven der Industriepolitik in Norddeutschland	Wirtschaftsinitiative Lausitz (Cottbus); Industriestandort Frankfurt; Industriestandort Berlin	Industriepolitische Positionspapiere Dortmund, Wolfsburg	Regionale industriepolitische Arbeitskreise in Bayern
Akzeptanz von Industrie/Standortshierung		Allianz für die Region Südostniedersachsen; Wolfsburg AG; Regionale Allianz Zukunft Düsseldorf/ Rheinland; Industriepolitischer Dialog Rheinland; Impuls Voigtland	Mittagsgespräche DBG Region Flensburg	Strukturpolitisches Netzwerk der IG Metall in Südostniedersachsen
Energiewende	Schaufensterprojekt Elektromobilität Metropolregion Hannover	Aufbau Maritime Wirtschaft in Bremerhaven		Energiekonferenzen IG BCE Duisburg
Demographischer Wandel/Fachkräfte/ Gute Arbeit	Projekt FAIR zur Qualifizierung von Fachkräften in der Automobilzulieferindustrie (Hamel/Bezirk Niedersachsen)	Fachkräfteinitiative Weserbergland; Bremer Bündnis für Arbeit; Regionaler Ausbildungsverbund Hameln; Initiative zur Aufbauqualifizierung Dortmund	IGM Kampagne "gemeinsam für ein gutes Leben" Erlangen; Aktivitäten zur guten Arbeit in Großregion Trier	Lernstadt Industrie 4.0 in Kooperation mit der Uni Darmstadt (TBS); Industrie 4.0 Aktivitäten in OWL
Innovation/Brancheninitiativen	Agentur Maschinenbau/Brennstoffzelle Esslingen/Stuttgart; Branchendialog Solar Halle-Magdeburg; Lehrstuhl und Studiengang internationales Projektmanagement in Erlangen; Betriebsrätevernetzung in der Ulmer Pharmaindustrie; Modellstadt Elektromobilität Bad Neustadt		Maschinenbaustudie Hameln; Branchenkonferenz Rheinland-Pfalz (Nord)	Arbeitskreis Schiffbau der Werftbetriebsräte im Bezirk Küste; Arbeitskreis Siemens beim IGM Vorstand; Betriebsrätenetzwerk Elektromobilität Hameln/Bezirk Nds. Innovationspromotoren in den Betrieben (Augsburg/Bayern)

Die Landespolitik hat zunächst die Krise nicht ernst genommen. Die IG BCE vor Ort hatte schon früh einen runden Tisch, einen Branchendialog gefordert. Erst die Insolvenz eines wichtigen Solarherstellers der Region gab den entscheidenden Impuls zur Durchführung des geforderten Branchendialogs. 2012 fand ein erster Solar-Branchendialog statt, auf dem Vorschläge zur

Weiterentwicklung der Rahmenbedingungen für die deutsche Solarwirtschaft entwickelt und eine Verstärkung des Diskussionsprozesses vereinbart wurde. Aktuell ist ein weiterer Branchendialog in Vorbereitung.

Der Solarcluster wird in Halle/Magdeburg von der IG BCE strategisch genutzt. Zum einen konnten in den akuten Krisenzeiten des Solarstandortes wichtige technische Fragen wie auch Aspekte der Zukunftsfähigkeit der regionalen Standorte und Unternehmen diskutiert werden (regionale und betriebliche Voraussetzungen für das Angebot von Systemlösungen). In diesem Sinne diente das Cluster als Expertenpool. Zum anderen hat das Clustermanagement im Solar Valley selbst strategische Handlungs- und Themenfelder besetzt und ist selbst gut in die Politik und Forschungslandschaft vernetzt. Über diese Einbindung eröffnen sich für Gewerkschaften zusätzliche Zugänge zu relevanten Netzwerkakteuren, vor allem in die Politik.

Tabelle 3 fasst die hier vorgestellten Beispiele zusammen. Die Umfrage hat zunächst erste allgemeine Ergebnisse geliefert. Klarer wird das Bild, wenn wir es mit den Ergebnissen der Fallstudien abgleichen. Im Wesentlichen lassen sich bezogen auf die Wichtigkeit (mit Relevanz für Industriepolitik) vier Gruppen unterscheiden:

- Themen, die von den Gewerkschaften – bzw. von Netzwerken mit zentralen Akteuren aus den Gewerkschaften – strategisch positioniert und eher langfristig umgesetzt werden.
- Themen, die auf die regionale Agenda gesetzt und von den Gewerkschaften aufgegriffen werden, ohne dass dies deren strategisch zentrale Themen sind.
- Themen, die in den kontinuierlichen regionalen Netzwerken thematisiert und bearbeitet werden (Wirtschaftsförderung, Arbeitsmarktpolitik, Qualifizierung), ohne dass in der Regel über die Netzwerke hinausgehende spezifische Aktivitäten resultieren.
- Themen, denen einzelbetriebliche Konfliktkonstellationen zugrunde liegen, die aber regional diskutiert und moderiert werden müssen.

Wer, wo, wann, mit wem? Netzwerke und Strategien einer regionalen Industriepolitik

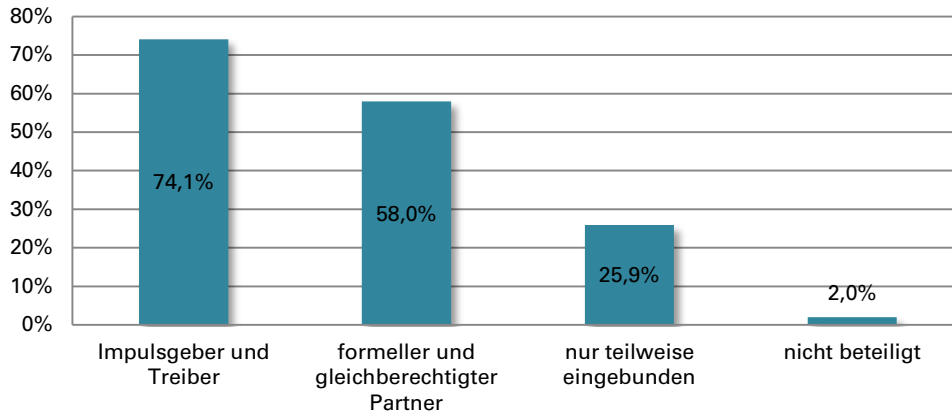
Was sind nun die Voraussetzungen, um erfolgreich regionale Industriepolitik umzusetzen? Regionale Industriepolitik seitens der Gewerkschaften erfolgt immer in Zusammenhang mit anderen Akteuren: mit Unternehmen und Unternehmensverbänden, mit Kammern, mit Akteuren der Wirtschafts- und Technologieförderung, mit den Arbeitsagenturen usw. und, sofern sie in Entscheidungen umgesetzt werden, ist es notwendig, Ziele im Rahmen von Institutionen umzusetzen oder sie institutionell zu verankern. Auch hier zunächst ein Blick auf die Ergebnisse unserer Umfrage.

In der weit überwiegenden Mehrzahl sehen sich die befragten Gewerkschaften als Impuls- und Ideengeber bei den durchgeführten industriepolitischen Aktivitäten vor Ort. Gleichzeitig waren mehr als die Hälfte gleichberechtigt und formell eingebunden. Nur knapp ein Viertel gab an, nicht oder nur teilweise an den (bekannten) einschlägigen Aktivitäten in der Region beteiligt gewesen zu sein (Abbildung 3).

Bei der Frage nach Verbündeten für regionale industriepolitische Aktivitäten zeigen sich bekannte Muster und eine hohe Kontinuität (Abbildung 4). Nach wie vor spielt die betriebliche Ebene eine zentrale Rolle. Betriebsräte und Unternehmensleitungen stellen für die Mehrzahl der befragten Gewerkschaftsvertreter die wichtigsten Verbündeten dar. Es folgen die einschlägigen regionalen wirtschaftspolitischen Entscheider (Wirtschaftsförderungen), die regionalen und lokalen Arbeitgeberorganisationen. Gewerkschaftsnahe Einrichtungen wie z.B. die TBS, BA-Regionaldirektionen und regionale politische Gremien, wie Wirtschaftsausschüsse oder Regionalräte stellen weitere Bündnispartner dar. Einrichtungen der beruflichen Aus- und

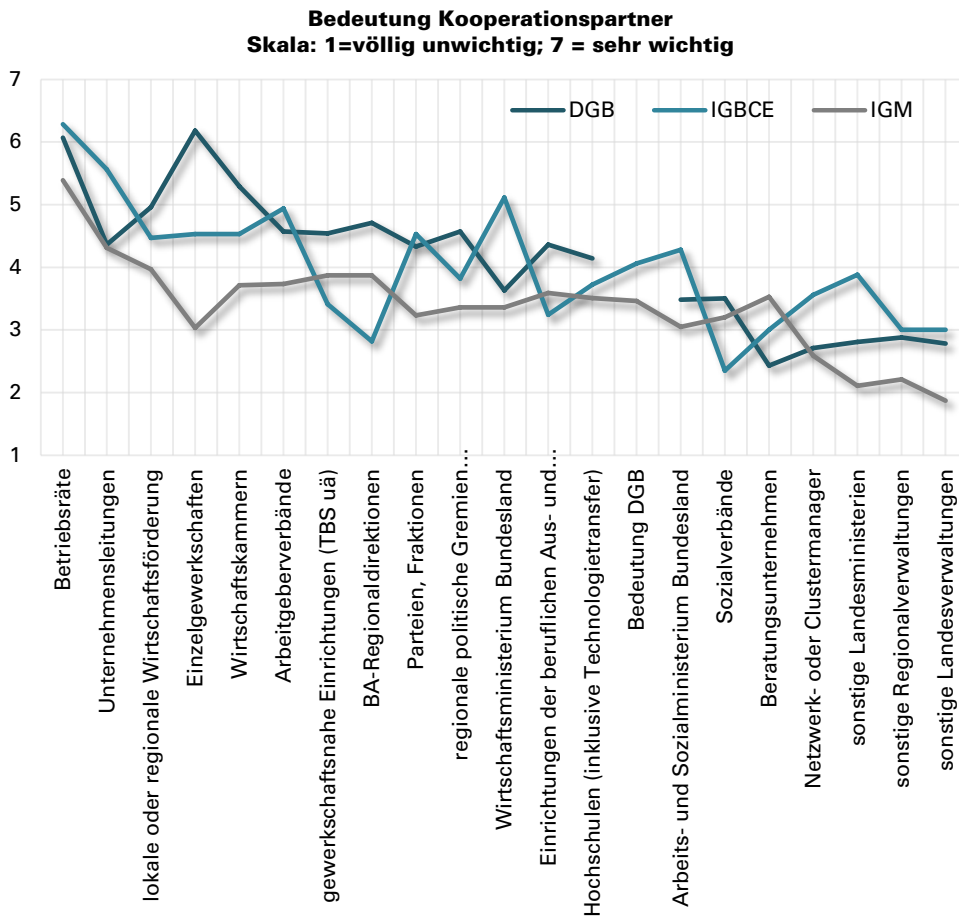
Weiterbildung, andere Landesministerien, Hochschulen, Technologietransferstellen sowie Netzwerk- und Clustermanager der Regionen spielen dagegen eine deutlich geringere Rolle.

Abbildung 3: Rolle der Gewerkschaften bei wichtigster industriepolitischer Aktivität



Quelle: IAT Umfrage n=89

Abbildung 4: Verbündete bei der Umsetzung regionaler Industriepolitik



Quelle: IAT Umfrage n=89

Um die Rolle als Treiber einzunehmen ist die Verankerung in regionale Entscheidungsgremien eine zentrale Voraussetzung. Hierbei geht es nicht allein um kommunale oder regionale Ausschüsse für Wirtschaftsförderung, sondern wesentliche Weichen werden etwa auch im Rahmen der Flächennutzungsplanung, der Umweltpolitik oder den Ausschüssen der Arbeitsagenturen getroffen. In Zusammenhang mit dem Thema Standortsicherung wurden Beispiele für Handlungsfelder genannt. Das Problem ist zunächst, dass die zeitlichen Ressourcen begrenzt sind. Nicht nur in großflächigen regionalen Einheiten ist es schon zeitlich nicht möglich, in allen Kommunen an den entsprechenden Ausschüssen teilzunehmen. Dies gilt etwa auch für eine Agglomeration wie Berlin, wo wesentliche Entscheidungen in den Bezirken gefällt werden.

Ein Beispiel, wie mit dieser Schwierigkeit umgegangen werden kann sind die in der DGB Region Schleswig-Holstein Nordwest durchgeführten Flurgespräche. Deren Ziel ist es, den Dialog zwischen Gewerkschaftssekretären und Betriebsräten, Wirtschaftsförderern, Kammern, Lokalpolitikern usw. zu ermöglichen und hierfür einen informellen Rahmen zu geben, gleichzeitig aber auch zentrale gewerkschaftliche Themen auf die regionale Agenda zu setzen. Die Flurgespräche finden an unterschiedlichen Orten statt (Husum, Flensburg, Itzehoe, Husum, Heide, Schleswig) und thematisieren sowohl allgemeine politische Themen etwa im Vorfeld von Kommunal- oder Landtagswahlen wie auch gewerkschaftspolitisch zentrale Fragen. Zu diesen gehörten in den vergangenen Jahren die für die industriepolitische Entwicklung der Region besonders wichtige Frage der Rolle von Windenergie im Rahmen der Energiewende, aber auch Themen wie Arbeitsrecht, Leiharbeit, Werkverträge, oder Mitbestimmung. Der Vorteil besteht darin, dass Informationen bereits fließen, bevor formelle Entscheidungen anstehen, ein Aspekt, der immer wieder in den Fallstudien betont wird. Ausschüsse der beruflichen Bildung und Institutionen der Arbeitsverwaltung, Wirtschaftsausschüsse oder Steuerungsgremien von regionalen Entwicklungsagenturen oder Technologiezentren sind Orte, an denen sich die regionalen wirtschaftspolitischen Akteure regelmäßig treffen. Auf der Landesebene sind etwa die Begleitausschüsse der europäischen Strukturpolitik ein derartiger Ort. In vielen Regionen ist die Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften, Kammern und Wirtschaftsförderung selbstverständlich, sowohl von den institutionellen Rahmenbedingungen wie auch von der individuellen Akzeptanz her.

Allerdings finden sich zunehmend industriepolitische Aktivitäten, bei denen der Zugang für gewerkschaftliche Vertreter schwierig zu finden ist. Hier hat in den vergangenen Jahren mit der Ausrichtung der Strukturpolitik auf Cluster und Technologienetzwerke ein Bedeutungsverlust regionaler strukturpolitischer Runden oder Konsensgremien stattgefunden (siehe etwa die Industriepolitische Stellungnahme der Gewerkschaften in Dortmund). Es gibt eine Vielzahl von Beispielen dafür, dass vor allem in den 1990er Jahren Clusterprojekte wesentlich von Gewerkschaften vor Ort initiiert wurden. Die spätere strategische Ausrichtung und die organisatorischen und finanziellen Modelle der Clusterprojekte haben dann allerdings dazu geführt, dass Unternehmen und daneben Hochschulen sowie Kammern und Verbände breit beteiligt sind, gewerkschaftliche Vertreter nur in wenigen Fällen (im Organisationsbereich der IG BCE häufiger als in dem der IG Metall) einbezogen werden. Dies hat dazu geführt, dass seitens gewerkschaftlicher Vertreter Clusterprojekte als neue Formen eines Unternehmensverbands angesehen werden, umgekehrt Clustermanager in der Regel kein Verständnis für die Beteiligung gewerkschaftlicher Vertreter aufweisen.

Weiterhin ergeben sich auch immer mal neue Beteiligungsmöglichkeiten und Einflusskanäle für industriepolitische Initiativen. In mehreren Fällen wurde in den Fallstudien die Metropolregion als ein Ort für die Initiierung industriepolitischer Aktivitäten genannt: In Nürnberg war für einige Jahre eine intensive und aktiv von den Gewerkschaften getragene industriepolitische Diskussion zu beobachten, jetzt scheint aber Ernüchterung eingetreten zu sein. In Hannover wurde die

Metropolregion von der IG Metall für die Bewerbung im Rahmen des Schaufensterprojektes zur Elektromobilität genutzt. In Hamburg und Bremen werden die industriepolitischen Aktivitäten im Rahmen der Metropolregionen von den Gesprächspartnern eher skeptisch eingeschätzt, in Berlin-Brandenburg gibt es industriepolitisch relevante Kooperationen unabhängig von der Metropolregion.

Auch hier gibt es Gegenbeispiele: In überschaubaren Regionen an der Peripherie von größeren Agglomerationen mit engen sozialen Beziehungen herrscht oft Skepsis gegenüber der Einbindung in größere regionale Zusammenhänge (Bremerhaven, Erlangen, Trier). Gerade hier kommen die persönlichen, oft über Jahre hinaus entstandenen Netzwerke zur Geltung. In diesen Netzwerken lassen sich industriepolitische Strategien wesentlich effektiver umsetzen als in größeren formalisierten Zusammenhängen wie den Metropolregionen oder großen regionalen Konsensrunden. Das Problem ist, auch dies wurde wiederholt angesprochen, dass diese Netzwerke oft an Personen gebunden sind. Mit dem Ausscheiden eines ersten Bevollmächtigten oder einer Regionalvorsitzenden besteht immer die Gefahr, dass Netzwerkbeziehungen verloren gehen oder neu aufgebaut werden müssen. Von daher ist es gerade auf regionaler Ebene mit den vielfältigen informellen Strukturen wichtig, den Übergang langfristig zu organisieren. Die Unterstützung durch einen Coach kann dabei hilfreich sein, ist mittlerweile auch keineswegs unüblich.

Die Verankerung in Netzwerken ist eine Sache, diese Netzwerke zu nutzen, um konkrete Maßnahmen umzusetzen, eine andere. Grundlegend ist hierfür, in den Institutionen, bei den potenziellen Partnern wie auch in der politischen Öffentlichkeit als kompetenter industriepolitischer Partner ernst genommen zu werden. Der Unterschied zu anderen Akteuren der regionalen Industriepolitik besteht darin, dass die gewerkschaftlichen Vertreter wesentlich näher an den Betrieben und damit an den wirtschaftlichen Entwicklungen in der Region sind. Von daher ist es konsequent, wenn die Betriebsräte mit Abstand als wichtigste Partner bei der Umsetzung industriepolitischer Strategien genannt wurden. Die Herausforderung besteht darin, dieses Wissen über die einzelbetriebliche Sicht hinaus zu bündeln und für regionales strategisches Handeln nutzbar zu machen.

In den Fallstudien hat sich bestätigt, dass Betriebsrätenetzwerke oder -konferenzen oft am Anfang der industriepolitischen Initiativen in den Regionen standen. Je nach Region kann dies sehr unterschiedlich aussehen. In Esslingen zum Beispiel bilden Betriebsräte-Arbeitskreise die Grundlage der regionalen Branchenarbeit. Als Aufgaben werden der Austausch von Informationen, Absprache von Standards branchebezogener Qualifizierung, Stärkung der Tariftreue durch „Selbstkontrolle“ und strukturpolitische Impulse geben genannt. In Ulm dienen die aufgebauten Betriebsrätenetzwerke den ansässigen Pharmaunternehmen auch dazu, vermittelt über die gewerkschaftlichen Vertreter und Vertreterinnen, Zugänge zur Landespolitik zu eröffnen und dort die Bedeutung der Branche für den Innovationsstandort Baden-Württemberg zu verdeutlichen. Bei der Initiative zum Aufbau eines Lehrstuhls für internationales Projektmanagement in Erlangen wurden in mehreren Diskussionsrunden mit Betriebsräten die Probleme analysiert und Strategien formuliert. Ein Gegenbeispiel ist Alfeld/Hameln/Hildesheim, wo aufgrund der heterogenen Betriebsstruktur und der breiten Streuung in einer Flächenverwaltungsstelle eine Initiative in den Maschinenbaubetrieben auch bei den Betriebsräten auf wenig Resonanz gestoßen ist.

Nun ist es keineswegs so, dass gute Ideen und arbeitsorientierte industriepolitische Strategien in der Region zwangsläufig auf Resonanz stoßen. Die Verankerung in den Betrieben bildet nicht nur die Wissensbasis, sie bildet auch die Grundlage um Gegenmacht zu mobilisieren und politischen Druck auszuüben. Vernetztes regionales Handeln und Mobilisierung von Gegenmacht bilden eine Balance, die je nach Region und Situation ausbalanciert werden muss. Aus industriepolitischer Perspektive ist dies besonders wirksam, wenn es gelingt, andere regionale Akteure und die

regionale Öffentlichkeit einzubeziehen und Akteure aus dem Bundesland oder dem Bund zum Handeln zu veranlassen.

Darüber hinaus gibt es weitere Möglichkeiten, die Kompetenz als regionaler industriepolitischer Akteur zu demonstrieren und Handlungsdruck auszuüben. Am wirkungsvollsten sind hierbei regionale Veranstaltungen oder Konferenzen, die Themen platzieren und weitere Akteure einbeziehen. Aus unseren Fallstudien lassen sich drei Modelle derartiger regionaler Konferenzen benennen.

Zukunftsthemen platzieren: Hierbei handelt es sich um Themen, die für die zukünftige Entwicklung der Industrie zentral sind. Herausforderungen durch die Energiewende in Verbindung mit Fragen einer ressourcenschonenden Industriepolitik, die Zukunft industrieller Arbeit, insbesondere die mit Industrie 4.0 zusammenhängenden Perspektiven sowie Anforderungen an eine gute Arbeit im Kontext der demographischen Entwicklung und der Fachkräftediskussion waren die zentralen Themen derartiger Veranstaltungen in unseren Fallstudien.

Branchenkonferenzen: In Regionen mit einer hohen Konzentration einzelner Branchen können Branchenkonferenzen auf Handlungsbedarf aufmerksam machen und Strategien positionieren. Das oben dargestellte Beispiel Halle/Magdeburg zeigt dies deutlich.

Regionalkonferenzen: Mit der Ausrichtung der regionalen Strukturpolitik auf Cluster- und Innovationspolitik ist der Blick auf die regionale Gesamtentwicklung in vielen Regionen verloren gegangen. Von daher sind Regionalkonferenzen mit einem durchaus breiten industriepolitischen Fokus ein wirksames Mittel gegen kleinteiliges Denken. Als Beispiel sei hier die jährliche Tagung des DGB Frankfurt-Rhein-Main zum Thema Industriestandort Frankfurt genannt.

Neben diesen bewährten Formaten sind immer mal wieder neue Formate zu finden. Auf die Mittagsgespräche wurde bereits oben eingegangen. Ein anderes Beispiel bildet die von der IG Metall Schweinfurt und Bamberg gemeinsam durchgeführte Veranstaltungsreihe „Denkfabrik“, in deren Rahmen gesellschafts- und wirtschaftspolitische Themen regional platziert werden.

Letztlich zielen Regionalkonferenzen darauf ab, einen in der Region breit getragenen gemeinsamen industriepolitischen Rahmen zu formulieren. Beispiele für einen solchen Rahmen sind oben in Zusammenhang mit der Standortentwicklung genannt worden. Sie reichen von breit verankerten Netzwerken zur Akzeptanz von Industrie mit öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen wie der „Langen Nacht der Industrie“, über die Platzierung von Themen in regionalen Strukturberichten bis hin zu institutionell breit ausdifferenzierten Arbeitszusammenhängen, wie etwa bei der Umsetzung des Masterplans Industriestadt Berlin 2010 bis 2020 oder der Durchführung und breiten Diskussion einer Bevölkerungsumfrage zur Akzeptanz der Braunkohle und zur Weiterentwicklung des Braunkohlereviere in Cottbus.

Fassen wir diese Ergebnisse vor dem Hintergrund der eingangs dieses Abschnitts dargestellten Umfrageergebnisse zusammen, so zeigt sich ein differenziertes Bild der industriepolitisch relevanten Netzwerke vor Ort.

Bei der Identifizierung von Herausforderungen und Handlungsstrategien wie auch bei der Mobilisierung von Gegenmacht sind die Beziehungen in die Betriebe hinein zentral. Dort, wo die Strukturen es zulassen, kann eine Zusammenarbeit der vor Ort präsenten Gewerkschaften das Handlungspotential erhöhen.

Um diese Ziele und Strategien in der Region zu verankern, auch um konkrete Standortprobleme zu lösen, sind Netzwerke zwischen Gewerkschaftern, Vertretern der Kammern und/oder Arbeitgeberverbände sowie öffentlicher wirtschaftspolitischer Akteure offenbar am effektivsten, um industriepolitische Themen und Strategien breit in der Region zu verankern. Regionalkonferenzen,

Runde Tische oder Beschlüsse von Gremien wie dem Wirtschaftsausschuss müssen vorbereitet sein um dann breit getragen zu werden.

Mit anderen regionalen Akteuren sind die Vernetzungen punktuell oder differenzierter. Vertreter der Arbeitsagenturen sind bei arbeitsmarktpolitischen Themen unverzichtbar und werden in der Regel auch eingebunden. Vertreter von Wohlfahrtsverbänden oder Kirchen sind bei sozialpolitischen Themen bewährte Netzwerkpartner, haben aber oft andere Ansichten, wenn es um die Frage der generellen Bedeutung von Industrie geht. Mit Umweltverbänden wird eng zusammengearbeitet solange es um generelle Fragen der energiepolitischen Wende geht, während es bei konkreten Standortfragen wie Umweltbelastung oder Flächennutzung durchaus kontroverse Positionen gibt.

Für die dauerhafte Verankerung von industriepolitischen Strategien ist die Zusammenarbeit mit weiteren Akteuren notwendig. Zusätzliche Ressourcen müssen in der Strukturpolitik vor allem durch die Länderebene zur Verfügung gestellt werden. Clusterinitiativen oder Lehrstühle wiederum können nur in Zusammenhang mit Wirtschaftsförderungen oder Hochschulen langfristig wirken.

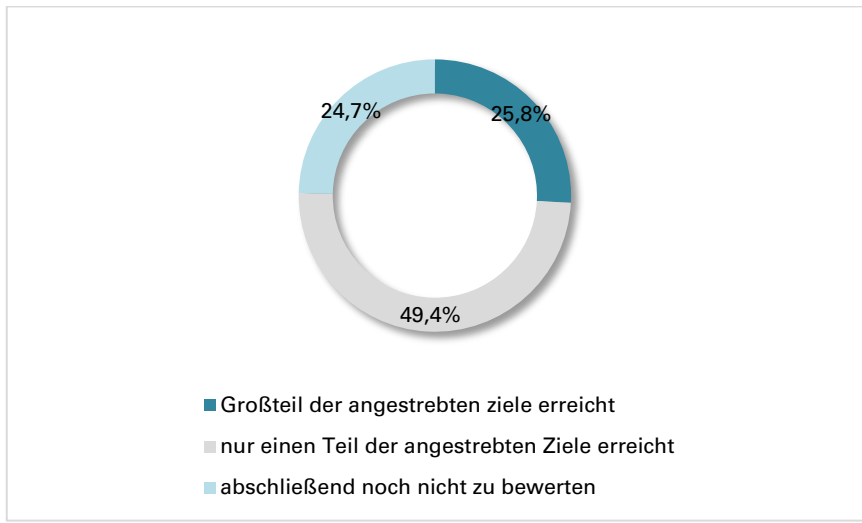
- Neben diesen Netzwerken mit regionalen Akteuren sind gerade angesichts der begrenzten Ressourcen auch Netzwerke und unterstützende Aktivitäten zu nennen, die gewerkschaftliche Akteure bei der Konzipierung und Positionierung industriepolitischer Aktivitäten unterstützen. In den Fallstudien haben wir folgende Beispiele gefunden:
- Externe Berater oder zeitlich begrenzte politische Referenten, die industriepolitische Initiativen unterstützen, vor allem dort, wo Gewerkschaften regional zusammenarbeiten,
- Studien der Hans-Böckler-Stiftung, die eine wissenschaftliche Grundlage für die Positionierung von industriepolitischen Themen bieten, über die Diskussion der Ergebnisse aber als Nebeneffekt auch zur Bildung von für die Umsetzung wichtigen Netzwerken beitragen,
- gewerkschaftsnahe Einrichtungen wie Arbeitnehmerkammern, gewerkschaftliche Technologieberatungsstellen oder Kooperationsstellen von Gewerkschaften und Hochschulen, die oft spezifische Fragestellungen bearbeiten, gelegentlich auch strategische Projekte umsetzen,
- Beratungsunternehmen, die spezifische strategische und technische Studien durchführen.

Neue Initiativen in der regionalen Industriepolitik – eine Zwischenbilanz aus arbeitsorientierter Perspektive

Eine Zwischenbilanz der neuen regionalen industriepolitischen Initiativen ergibt zunächst ein zwiespältiges Bild. Auf der einen Seite finden wir neue Ideen und Initiativen, hoch engagierte gewerkschaftliche Akteure und handlungsfähige regionale Netzwerke. Dass dies von Region zu Region sehr unterschiedlich ist, überrascht nicht, sind doch die regionalen Voraussetzungen auch sehr heterogen. Generell gilt, dass die Rahmenbedingungen für regionale Industriepolitik sich verbessert haben, dass Fenster für die Umsetzung von Strategien zur Stabilisierung und zur Weiterentwicklung industrieller Produktion sich geöffnet haben.

Daneben finden wir in den Regionen mit neuen und erfolgreichen Initiativen aber auch ein hohes Maß an Skepsis. Die Gewerkschaften haben sich aus der Strukturpolitik zurückgezogen, „sie haben sich selbst aus dem Spiel genommen“, „die Ressourcen reichen nicht, um die neuen Möglichkeiten auszuschöpfen“, „es ist kaum möglich industriepolitische Initiativen langfristig zu verstetigen“, sind sinngemäß Aussagen, die sich in den Fallstudien wie auch in den Gesprächen auf Landesebene immer wieder finden.

Abbildung 5: Zielerreichungsgrad der zentralen Aktivitäten

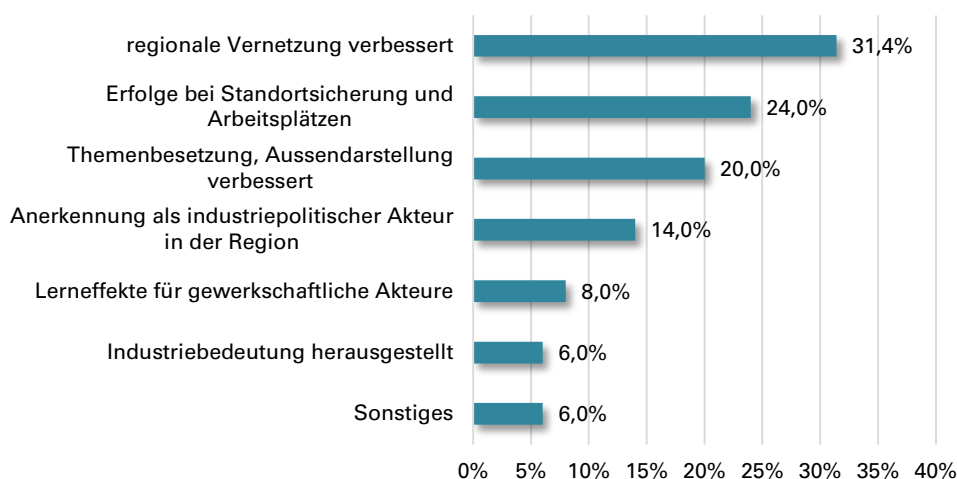


Quelle: IAT Umfrage n=89

Diese Zwiespältigkeit findet sich auch in den Ergebnissen unserer Befragung (Abbildung 5). Lediglich ein Viertel der Antwortenden sieht den Großteil der angestrebten Ziele als erreicht an, während immerhin knapp die Hälfte der Antwortenden lediglich Teilerfolge verbuchen kann. Am deutlichsten spiegeln sich Erfolge bei Fragen der Arbeitsplatz- und Standortsicherung wider. Mehr als die Hälfte der Befragten, die mit entsprechenden Aktivitäten in der Region befasst waren, sehen den Großteil der angestrebten Ziele erreicht.

Neben der unmittelbaren Zielerreichung lassen sich aber durchaus weitere Effekte regionaler industriepolitischer Initiativen benennen (Abbildung 6). Immerhin ist in fast ein Drittel der Fälle eine verbesserte regionale Vernetzung festzustellen, in einem Fünftel der Fälle wurden Themen besetzt und die Außendarstellung verbessert. Für weitere 14% schlägt sich der Erfolg in Form einer Anerkennung als industriepolitischer Akteur in der Region nieder.

Abbildung 6: Positive Effekte gewerkschaftlicher Beteiligung (Mehrfachnennungen)

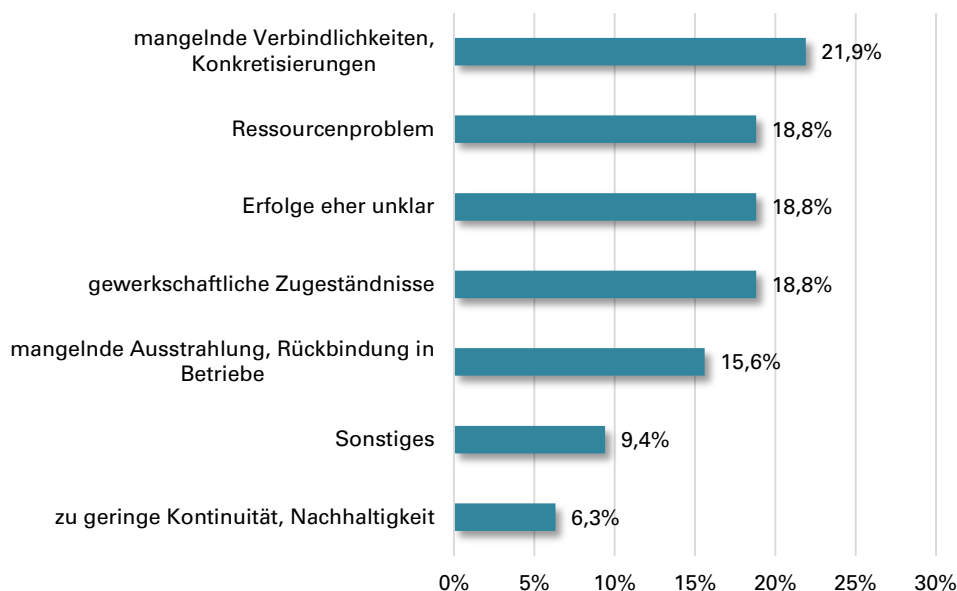


Quelle: IAT Umfrage n=89

Allerdings werden auch kritische Aspekte gesehen (Abbildung 7). Beklagt werden vor allen Dingen mangelnde Verbindlichkeiten (bei den Maßnahmen), die nicht immer ganz klaren Erfolge ebenso wie die mangelnde Ausstrahlung auf betriebliche Gegebenheiten. Ein weiteres Problem für die industriepolitische Arbeit in den Regionen stellen die mangelnden verfügbaren Ressourcen dar, ein

Problem, das auch in den Fallstudien immer wieder als Restriktion für die Verstetigung industriepolitischer Arbeit vor Ort angesehen wurde.

Abbildung 7: Kritische Aspekte gewerkschaftlicher Beteiligung (Mehrfachnennungen)



Quelle: IAT Umfrage n=89

Nehmen wir die Ergebnisse vor allem aus der Befragung und aus den Fallstudien zusammen, so lässt sich die Rolle der Gewerkschaften bei regionalen industriepolitischen Initiativen wie folgt zusammenfassen (Tabelle 4).

Tabelle 4: Die Rolle der Gewerkschaften in Zusammenhang mit regionalen industriepolitischen Initiativen - eine SWOT-Analyse

Stärken	Schwächen
<p>Erfahrungen mit Instrumenten und Strategien regionaler Industriepolitik</p> <p>Betriebliches und Branchenwissen vor allem der Betriebsräte</p> <p>Überbetriebliche Perspektive</p> <p>Regionale Orientierung, keine Bindung an administrative Grenzen</p> <p>Formelle Beteiligung in regionalen Gremien</p>	<p>Geringe Ressourcen</p> <p>Industriepolitik keine Priorität auf regionaler Ebene</p> <p>Unterschiedliche Strategien und Zuschnitte der vor Ort präsenten Gewerkschaften</p> <p>Langfristige Präsenz in regionalen Projekten nur begrenzt möglich</p> <p>Mangelnde Sichtbarkeit</p>
Chancen	Herausforderungen
<p>Gesteigertes Interesse an Industriepolitik</p> <p>Aufwertung des Faktors Arbeitskraft</p> <p>Verändertes Innovationsverständnis</p> <p>Generationswechsel</p>	<p>Rolle der Industrie klar positionieren</p> <p>Einheitliche Positionen auf regionaler Ebene ausloten</p> <p>Unterstützende Struktur neu organisieren</p> <p>Regionale Arbeitsteilung neu strukturieren</p>

Die Stärken der Gewerkschaften bei Initiativen für regionale Industriepolitik liegen wie dargestellt in der Nähe zu den Betrieben. Das betriebliche Wissen und das Branchenwissen bilden die Grundlage, um wirtschaftliche Veränderungen in der Region frühzeitig zu erkennen und auf die

regionalpolitische Agenda zu setzen. Dabei ist es von Vorteil, dass sich die regionalen Einheiten der Gewerkschaften, die IG Metall Verwaltungsstellen, die DGB Regionen, die Bezirke der IG BCE, nicht mit den administrativen Einheiten decken, sondern Initiativen und Lösungsstrategien in den Räumen thematisiert werden können, wo sie von den wirtschaftlichen Verflechtungen und den Arbeitsmarktverflechtungen her angesiedelt sind. Nicht zufällig finden wir in unseren Fallstudien immer wieder Beispiele, bei denen die Gewerkschaften treibende Kraft bei der regionalen Zusammenarbeit sind. Die Verankerung als Sozialpartner in lokalen und regionalen Entscheidungsgremien bildet die Grundlage, um neue industriepolitische Initiativen dann auch institutionell zu verankern.

Dem stehen Schwächen gegenüber. Die personellen und fachlichen Ressourcen sind begrenzt, regionale Industriepolitik läuft immer Gefahr, angesichts der Anforderung aus dem Alltagsgeschäft auf die lange Bank geschoben zu werden. Die dauerhafte Verankerung in informellen Netzwerken, dort wo Entscheidungen vorstrukturiert werden, und die nachhaltige Präsenz bei der nachhaltigen Umsetzung industriepolitischer Initiativen bleibt damit immer prekär. Hinzu kommt, dass die lokalen und regionalen gewerkschaftlichen Strukturen im Umbruch sind. Die räumlichen Zuschnitte der regionalen Einheiten sind sehr unterschiedlich, die Präsenz in der Fläche hat in den vergangenen Jahren abgenommen. Neue Formen der Zusammenarbeit innerhalb der Gewerkschaften wie auch zwischen den Gewerkschaften sind zwar erkennbar, bleiben aber bisher weitgehend von persönlichen Netzwerken und regionalen Besonderheiten geprägte Einzelfälle.

Ungeachtet dieser differenzierten Ausgangssituation sind die Chancen für weitere regionale industriepolitische Initiativen momentan höher denn je. Dabei geht es nicht allein um die hier im Mittelpunkt stehende Rolle der Industrie für die wirtschaftliche Entwicklung insgesamt. Die Diskussion um Grenzen einer rein technisch-ökonomischen Innovationspolitik und die Notwendigkeit neuer Innovationsstrategien (soziale Innovationen, Open Innovation, Leitmarktorientierung), die in Verbindung mit der Fachkräftediskussion und zumindest in einigen Regionen auch mit der Krisenerfahrung neue Wertschätzung qualifizierter Arbeitskraft, die Herausforderungen mit der Energiewende und umfassenden Nachhaltigkeitsstrategien eröffnen einen Handlungsrahmen, der gerade auf regionaler Ebene Raum für neue Impulse und umfassende industriepolitische Strategien bietet.

Die Herausforderung besteht darin, dieses geöffnete Fenster für neue industriepolitische Initiativen unter einer arbeitspolitischen Perspektive zu nutzen. Gefragt ist ein übergreifender strategischer Rahmen, der in den Regionen je nach regionaler Ausgangslage spezifisch umgesetzt werden kann. Ein solcher Rahmen sollte durchaus in Einklang stehen mit den nationalen Strategien, sollte aber die regionalen Handlungsmöglichkeiten als Ausgangspunkt nehmen. Nehmen wir die Ergebnisse unserer Fallstudien wie auch die Diskussionen im Rahmen des Workshops als Ausgangspunkt, so lassen sich zwei große Themenfelder als Kern einer arbeitsorientierten regionalen Industriepolitik benennen:

Erstens geht es darum, die Rolle qualifizierter Arbeit als Schlüssel einer nachhaltigen industriellen Entwicklung in den Mittelpunkt zu stellen. Hierbei geht es nicht allein um vermutete oder reale Fachkräfteknappheit, sondern um die Bezahlung der Arbeit, um die Qualität der Arbeit, um die Frage, „wie sieht industrielle Arbeit in den kommenden Jahren aus?“. Die Diskussion um Fachkräfteknappheit und demographischen Wandel kann hier hilfreich sein, wichtiger ist jedoch die Rückbesinnung auf eine industrielle Zukunft, die nicht von der Arbeit als Kostenfaktor geprägt wird, sondern wieder die Bedeutung qualifizierter Produktion und Arbeit als zentrale Basis langfristiger industrieller Wettbewerbsfähigkeit thematisiert. Die Initiativen zur „Guten Arbeit“, Kampagnen wie „Besser statt Billiger“ oder die bisher noch immer sehr technisch geprägte Diskussion um Industrie

4.0 bilden Ansatzpunkte, die weiter zu entwickeln sind, wobei gerade Letztere vielfältige Anknüpfungspunkte für die Frage nach der Art und Gestaltung zukünftiger Arbeit bietet.

Zweitens geht es um die stoffliche und energetische Basis industrieller Produktion. Dieses Thema wird bisher weitgehend hinsichtlich der Chancen (neue Produkte und Wertschöpfungsketten und neue Märkte) und der Risiken (Energiekosten und Sicherheit der Energieversorgung) thematisiert. Auf regionaler Ebene, dies zeigen die Fallstudien, geht es aber immer auch um konkrete Konfliktkonstellationen: um den mit industrieller Produktion verbundenen Flächenverbrauch angesichts zunehmend knapper Flächen, um Lärm- und Umweltbelastungen, die in Verbindung mit der Frage nach der breiten Akzeptanz industrieller Produktion auf der alltäglichen Agenda lokaler und regionaler gewerkschaftlicher Arbeit immer wieder ganz oben stehen. Und die Diskussion um die Energiewende ist eben mehr als die Diskussion um Kosten und Versorgungssicherheit: Wenig thematisiert wird bisher, dass Energiequellen und Stoffströme mit Vernetzungen an industriellen Standorten verbunden sind, deren Änderung häufig massive Veränderungen für Produktionsverbände insgesamt zur Folge haben.

Ausgehend von den beiden genannten Kernthemen lassen sich vielfältige Bezüge herstellen, die über den engen Bereich der regionalen Industrie hinausreichen. Aus regionaler Perspektive führt die Diskussion um die Schlüsselrolle qualifizierter Arbeit und die künftige stoffliche Basis konsequent weitergedacht zur Frage der regionalen Lebensqualität: zu Aus- und Weiterbildung, zu Wohnqualität, zu Kultur und intakter Umwelt, zu nachhaltigen Mobilitätskonzepten als zentrale Faktoren für die Attraktivität einer Region.

Damit verbunden wird sich in den kommenden Jahren immer häufiger auch für industrielle Produktion die Frage stellen, welchen Beitrag sie zur Lösung gesellschaftlicher Probleme leisten kann. Auch regionale Innovationspolitik wird daher nicht mehr in erster Linie aus einer technischen Perspektive her zu konzipieren sein, sondern von ihrer Bedeutung für die künftige Entwicklung von Leitmärkten. Gesundheit, Mobilität, Ressourceneffizienz, Kommunikation, Bauen und Wohnen oder Freizeit sind derartige Leitmärkte, die direkte Bezüge zu gesellschaftlichen Herausforderungen aufweisen. In diesen Leitmärkten hat industrielle Produktion überall eine zentrale Rolle, immer wieder auch eine Schlüsselrolle. Deutlich ist damit aber auch, dass die Zukunft industrieller Produktion nicht verengt aus der Perspektive der materiellen Produkte, auch nicht mehr allein aus dem (oft verkürzt „entweder-oder“ diskutierten) Zusammenspiel zwischen industrieller Produktion, vor- und nachgelagerten sowie begleitenden Dienstleistungen und immer wichtiger werdender informationstechnischer Vernetzung zu denken und zu gestalten ist. Dass hierbei immer wieder ein Blick über die Region hinaus auf die Rolle der Region, auf die sich global neu strukturierenden globalen Wertschöpfungsketten geworfen werden muss, sollte zumindest als Rahmenbedingung stärker als bisher auch in regionale Industriepolitik einbezogen werden.

Autoren:

Dieter Rehfeld ist Leiter des Forschungsschwerpunkts Innovation, Raum & Kultur;
Jürgen Nordhause-Janz ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Forschungsschwerpunkt
Innovation, Raum & Kultur.

Kontakt:

nordhause-janz@iat.eu

rehfeld@iat.eu

Forschung Aktuell 06-2016

ISSN 1866 – 0835

Institut Arbeit und Technik der Westfälischen Hochschule Gelsenkirchen, Bocholt,
Recklinghausen

Redaktionsschluss: 01.06.2016

<http://www.iat.eu/forschung-und-beratung/publikationen/forschung-aktuell.html>

Redaktion

Claudia Braczko

Tel.: 0209 - 1707 176

Institut Arbeit und Technik

Fax: 0209 - 1707 110

Munscheidstr. 14

E-Mail: braczko@iat.eu

45886 Gelsenkirchen

IAT im Internet: <http://www.iat.eu>